

PRESSEMITTEILUNG

Auf der Jahres-Pressekonferenz des Wirtschaftsrates der CDU e.V., erklärte der Präsident Prof. Dr. Kurt J. Lauk u.a.:

„Schluss mit der Finanzierung des gesellschaftlichen Zusammenhalts durch überbordende Staatsschulden“

„Seit den 70er Jahren finanzieren wir in Deutschland unseren sozialen Frieden durch immer höhere Staatschulden. So geht es nicht weiter. Dies muss auch ohne immer neue Schulden zu Lasten unserer Kinder und Enkel möglich sein. Die Schuldenbremse muss deshalb auf der Tagesordnung bleiben. Mit großer Sorge stellt der Wirtschaftsrat fest, dass sie erst in den Verfassungen von Schleswig-Holstein, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern und in abgespeckter Form von Rheinland-Pfalz verankert ist. Wenn Länder meinen, sich die Schuldenbremse auf die Fahnen schreiben zu können ohne sie in die Verfassung zu schreiben, liefern sie dem Bürger ein lächerliches Placebo. Besondere Sorge bereitet dem Wirtschaftsrat Nordrhein-Westfalen. Auf das Land entfallen 35 Prozent der Schulden aller Bundesländer, obwohl der Bevölkerungsanteil unter 25 Prozent liegt. Dennoch werden munter weiter neue Schulden gemacht. Auch Baden-Württemberg bereitet nach dem Regierungswechsel Sorge: Der Ministerpräsident ist dabei, die Schuldenbremse in der Landeshaushaltsordnung zu verstecken und sich vor der Verankerung in der Verfassung zu drücken. Das Schlimmste ist jedoch, dass ihre Umsetzung vertagt werden soll.

Angesichts der Haushaltslage sehen 76 Prozent der Mitglieder keinen Spielraum für neue soziale Wohltaten in Deutschland. Lediglich eine Erhöhung der Leistungen für Pflegebedürftige findet bei 54 Prozent Zustimmung. Gegen Zuschussrenten für Geringverdiener sind 53 Prozent. Gegen eine höhere Pendlerpauschale 72 Prozent, wenn dafür Steuererhöhungen verbunden sind. Für das Betreuungsgeld stimmen nur 16 Prozent.

In Zeiten von Rekordsteuereinnahmen hält es die Opposition geboten, weitere Steuern für Bürger und Unternehmen einzufordern. Es muss Politikern Einhalt geboten werden, die jetzt die Haushaltssanierung einstellen wollen. Der Katalog der Begehrlichkeiten ist schillernd: Von der Anhebung der Einkommensteuer, des Spitzensteuersatzes, der Abgeltungsteuer, der Gewerbesteuer, der Erbschaftsteuer über die Abschaffung des Ehegattensplittings und Umsatzsteuerermäßigungen bis hin zur Wiedereinführung der Vermögensteuer. Alle praktischen Erfahrungen im In- und Ausland belegen jedoch, dass eine dauerhafte Haushaltskonsolidierung nur mit einer Reduzierung der Ausgaben erfolgreich ist. Besonders dreist ist, dass im Bundesrat derzeit der Abbau der kalten Progression blockiert wird. Immerhin sind ein Drittel der derzeitigen Steuermehreinnahmen Inflationsgewinne. Der Staat darf nicht länger Inflationsgewinnler sein. Die Inflation ist schlicht eine kalte Enteignung des kleinen Mannes. Beim Wirtschaftsrat läuten die Alarmglocken:

- Nur noch 38 Prozent der Mitglieder halten die Steuerpolitik der Union für stark, bereits 53 Prozent für schwach. Hier rächt sich, dass keine wesentlichen Fortschritte bei der Steuervereinfachung erreicht wurden.
- Auch die Reform der Gemeindefinanzen und die Bereinigung der Mehrwertsteuerhalbsätze sind im Sand gelandet.“

Berlin, 11. Juni 2012

Kontakt:

Erwin Lamberts

Pressesprecher Wirtschaftsrat der CDU e.V.

Tel.: 030 / 24 087 – 301, Fax: 030 / 24 087 – 305, E-Mail: e.lamberts@wirtschaftsrat.de